



WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN

Odeonsplatz 14, 80539 München,

Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: info@wbu.de

Präsident: Dr. Otto Wiesheu, Generalsekretär: Dr. Jürgen Hofmann

Positionspapier

„Bamberger Erklärung“ des Wirtschaftsbeirats Bayern zur Energiewende

Dr. Otto Wiesheu, Präsident

Armin Geiß, Vorsitzender des Ausschusses Energie- und Rohstoffpolitik

München, im August 2012

Vor gut einem Jahr hat Deutschland nach dem Reaktorunglück von Fukushima mit breiter politischer Mehrheit die Energiewende beschlossen. Der Ausstieg aus der Kernenergie und der rasche Umstieg auf Erneuerbare Energien sind nach diesem Beschluss unumkehrbar. Um den Erfolg der Energiewende sicherzustellen, hält der Wirtschaftsbeirat Bayern jedoch – nicht zuletzt als Ergebnis der Diskussionen auf dem Bayerischen Wirtschaftstag in Bamberg – folgende Änderungen und Verbesserungen für notwendig:

1. Die gesamte Energiewende ist geprägt von staatlichen Planungen, Subventionen und Interventionen. Den Marktkräften und der freien Technologiewahl muss bei allen Themen mehr Raum gegeben werden. Vorrangige Aufgabe des Staates ist es, einen zukunftsfähigen Rahmen zu setzen und sich auch darauf zu beschränken. Neben den großen Energieerzeugern soll auch die mittelständische Wirtschaft ihre Innovationskraft zugunsten neuer, kostensenkender Lösungen voll entfalten können.
2. Die Bezahlbarkeit des Stroms ist zunehmend gefährdet – sowohl für Industrie und Gewerbe als auch für private Verbraucher. Die Subventionslawine muss gestoppt werden, vorrangig durch grundlegende Änderungen bei der Förderung von Wind und Sonne hin zu einem Quotenmodell. Die im globalen Wettbewerb stehenden Unternehmen sind auf international wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen. Eine schleichende Deindustrialisierung kann sich unser Land nicht leisten. Aufgrund der stark gefallen Gaspreise in Nordamerika erwächst den energieintensiven deutschen und bayerischen Betrieben dort neue starke Konkurrenz.
3. Abnehmende Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität bedrohen den Wirtschaftsstandort Deutschland/ Bayern zusätzlich. Auch diesem Aspekt muss höhere Bedeutung geschenkt werden. Die industriellen Wertschöpfungsketten müssen intakt bleiben. Davon hängen Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand auch künftig entscheidend ab.
4. Die zentralen technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen sieht der Wirtschaftsbeirat über die bereits eingeleiteten Maßnahmen hinaus
 - bei der Entwicklung und Verabschiedung geeigneter marktwirtschaftlicher Instrumente, die zum Bau und zum Erhalt der erforderlichen konventionellen (Schatten)Kraftwerke anreizen
 - beim raschen Bau der erforderlichen Höchstspannungsleitungen – für Bayern ist dabei die rechtzeitige Fertigstellung der „Thüringer Strombrücke“ vor dem Abschalten des KKW Grafenrheinfeld 2015 von größter Bedeutung

- bei der Erforschung, Entwicklung und dem Bau von Großspeichern auf chemischer Basis („power to gas“), wobei es schwer möglich sein wird, praktisch umsetzbare Forschungsergebnisse in den notwendigen großen Dimensionen innerhalb eines Jahrzehnts zu garantieren.
- 5. Der Ausbau der Regenerativen und der Netze muss im Gleichklang erfolgen – sowohl im örtlichen als auch im überörtlichen Bereich.
- 6. Die Koordinierung der anstehenden Aufgaben zwischen den verschiedenen Ressorts auf Bundes- und Landesebene sowie zwischen den Bundesländern und dem Bund ist Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende. Erforderlich ist eine permanente und übergreifende Erfolgskontrolle des Fortschritts bei den nötigen Maßnahmen. Wenn schon kein Energieministerium geschaffen wird, muss eine eindeutige Federführung festgelegt werden.
- 7. Die Energiewende ist in den europäischen Binnenmarkt einzubetten. Nationale oder gar landesspezifische und angebliche Autarkiebestrebungen von Kommunen gehen an der Versorgungswirklichkeit und den technischen Realitäten und Erfordernissen vorbei. Sie sind zum Scheitern verurteilt.
- 8. An die Stelle der Optimierung von Teilsystemen muss ein ganzheitlicher Ansatz treten. Der Wirtschaftsbeirat rät in diesem Zusammenhang dazu, das europäische Emissionshandelssystem zu reformieren und das EEG darauf abzustimmen.
- 9. Politische und gesellschaftliche Visionen zur künftigen Energieversorgung Deutschlands und Bayerns müssen mit den Natur- und Marktgesetzen in Einklang stehen. Die energiepolitische Diskussion leidet vielfach darunter, dass die technischen und quantitativen Herausforderungen stark unterschätzt werden.
- 10. Die Umsetzung der Energiewende ist nur mit Wirtschaft und Bürgern gemeinsam möglich. Diese Jahrhundertaufgabe kann allein durch eine konzentrierte Kraftanstrengung aller Akteure erfolgreich gemeistert werden. Gefordert sind gleichermaßen Energiewirtschaft, Industrie, Staat und Kommunen sowie Kammern, Verbände, Gewerkschaften und Kirchen. Die Verantwortung für das Setzen der Rahmenbedingungen und die Koordinierung der Maßnahmen (Gewährleistungsverpflichtung) liegt beim Bund.